

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshofstraße und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorbestellung 2 RM. zusätzlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und andere Personen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Erstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die gespaltene Reklamazeile im täglichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Werbeführer und Verleger übernehmen die Kosten für die Anzeigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt keine Garantie. Jeder Rabatanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die eingezogenen Gebühren nicht gedeckt ist. — Anzeigen werden nur bei der Redaktion angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 242 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Verleger: Dresden 2640

Donnerstag, den 16. Oktober 1930

Die Präsidentenwahl.

Nicht zum erstenmal — weder im Reichstag des Kaiserreichs noch in dem der Republik — haben sich vor und bei den Wahlen zum Präsidium Einflüsse politischer Art geltend gemacht, die eine Befragung der Stellen des Präsidenten bzw. des Vizepräsidenten entsprechend der Parteienstärke aus bestimmten Gründen ausschalten wollten. — mehrfach auch mit Erfolg. Das widerfuhr z. B. nach den Wahlen von 1907 dem Zentrum, 1912 den Sozialdemokraten. Und durchaus nicht alle Parteien in den verflochtenen Reichstagen hielten sich an die allmählich zur Gewohnheit werdende Berücksichtigung der stärksten Partei bei der Befragung des Präsidentenpostens, — aber jede Partei mußte es als verlegend betrachten, wenn man ihr nicht dieses wirkliche oder vermeintliche „Recht“ gewährte. Und ein solches Gefühl des Beleidigtseins kann in einem Reichstag wie dem jetzigen von den schwerwiegendsten allgemeinspolitischen Folgen sein.

Denn der Kampf um den Präsidentenposten — man hatte am Montag den Reichstag auf den Mittwoch verlegt — ausdrückte deswegen, weil dieser Kampf hoch aufgelaufen war, die Einigung auf irgendeinen Mann immer unwahrscheinlicher, die ganze Lage immer komplizierter, verworrener, unübersichtlicher wurde — spielte sich ja ab vor jenem allgemeinspolitischen Hintergrund, der dabei den stärksten Einfluß ausübte. Eine Machtprobe nicht nur dieser Kampf, sondern sein Ergebnis mußte gleichzeitig eine gewisse Klärung über die parlamentarische Kräfteverteilung bringen, allerdings nur einen nicht unbedingt sicheren Aufschluß, weil auch hierbei allerlei „taktische“ Absichten und Finessen mitspielten, bestimmte politische Ziele erreicht werden sollten, die an sich mit der Präsidentenwahl nicht das geringste zu tun haben. Allerhand besondere Schwierigkeiten kamen noch hinzu, die sich aus der Einstellung der radikalen Flügelparteien zu bestimmten Festsetzungen der Reichstagsgeschäftsordnung ergaben, so daß nun wieder von der Mitte aus „Garantien“ verlangt wurden, — kurz, es war ein wildes Durcheinander, das auch nicht gerade dadurch besser wurde, daß in manchen Fraktionen die Abstimmung freigegeben worden ist. Alles war — im gegenwärtigen Augenblick eben nur ein Ausdruck der allgemeinen politischen Lage innerhalb und außerhalb des Parlamentes — also in der fast chronisch gewordenen Schwere, als der Alterspräsident die „Wahlprüfung“ des Reichstages eröffnete.

Nun entscheidet bei der Wahl des Präsidenten nicht die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sondern der Kandidat muß die absolute Stimmenzahl erhalten, um gewählt zu sein, d. h. er muß mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller überhaupt abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; erst dann ist er gewählt. Gelting das im ersten Wahlgang nicht, so erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben. So war es auch bei der diesmaligen Wahl des Präsidenten der Bau. Von 554 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 266 auf den bisherigen Präsidenten Löbe, 179 auf den Volksparteiler Dr. Scholz; daneben 68 auf den Kommunisten Pöck und 41 auf den Deutschnationalen Graf. Es fehlten dem „Spitzenkandidaten“ Löbe also 22 Stimmen an der absoluten Mehrheit, so daß nun Stichwahl zwischen ihm und seinem nächsten Konkurrenten Dr. Scholz erfolgen mußte, um nun durch einfache Mehrheitentscheidung die Wahl endgültig zu treffen. Bemerkenswert ist, daß die Deutschnationalen sich doch entschlossen hatten, für einen eigenen Kandidaten zu stimmen und ihre Stimmen nicht gleich im ersten Wahlgang dem Volksparteiler Dr. Scholz zu geben, während offenbar die Nationalsozialisten sofort für diesen eintraten.

Die Entscheidung im zweiten Wahlgang konnte an dem Wesentlichen dieses ersten „Wahlkampfes“ auch nichts ändern, es höchstens nur noch klarer herausstellen. Ganz unbedingt freilich und ganz eindeutig wird die Frage doch nicht beantwortet, ob eine „Prüfung der Mehrheit“ besteht oder nicht. Um so unabweisbarer treten aber die großen Schwierigkeiten in den Vordergrund, die sich in diesem Reichstage jeder klaren realpolitisch möglichen Mehrheitsbildung entgegenstellen und die heute daher auch das Stimmzetteln zu einer Entscheidung zwingen müssen.

Oesterreichischer Schrift in Prag.

Unglaubliche Wiedergabe einer Rede Benesch's. Wien, 16. Oktober.

Der tschechoslowakische Außenminister Benesch hat im Auswärtigen Ausschuss nach hier vorliegenden Meldungen über das Verhältnis zu Oesterreich folgendes ausgesprochen: „Oesterreich hat unter der Regierung Schöber Verfassungsänderungen durchgeführt und die gegenwärtige Entwicklung deutet an, daß es vielleicht wieder ersten inneren Erschütterungen entgegengeht.“ Amtlich wird hierzu bemerkt: „Die Stelle, die sich mit der künftigen Entwicklung Oesterreichs befaßt, klingt in der Form, in der sie gemeldet wurde, ungläubig, da sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs gedeutet werden könnte. Das oesterreichische Außenministerium hat daher sofort in Prag entsprechende Schritte unternommen.“

Das neue Reichstagspräsidium

Löbe wieder Reichstagspräsident.

Stichwahl war erforderlich.

Berlin, 15. Oktober.

Strenger noch vielleicht als am Montag ist am Mittwoch der Reichstag von der übrigen bewohnten Welt abgetrennt. Die Schupo zieht einen dichten Kordon um die „heiligen Hallen“, vom etwa demonstrationsstrophen Publikum kann niemand herandrängen, obwohl die Schaulustigen wieder in stattlicher Anzahl aufmarschiert sind. Sie kommen nicht auf ihre Rechnung, da jede Person bis auf die Nieren nach Ausweis und Berechtigung geprüft wird. Der Wagenverkehr ist ebenfalls auf das Notwendigste beschränkt, die Straßenbahn fährt am Reichstag vorbei, und wer sich diesem Befehl anvertraut hat und in



Reichstagspräsident Löbe.

das Gebäude muß oder will, hat ein erhebliches Stillschicken zu erwarten.

Im Sitzungssaal geht es verhältnismäßig ruhig zu, nach dem der Alterspräsident Herold die Beratungen eröffnet hat. Die Ministerbänke sind wieder leer, lediglich einige Kommissare stellen sich hinter ihnen auf. Haus und Tribünen überfüllt. Als Herold die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung für die Präsidentenwahl vorlesen hat, schlägt der Sozialdemokrat Dittmann die Wiederwahl seines Parteigenossen Löbe vor. Rippel vom Christlichnationalen Volksdienst will die hergebrachte Ordnung nicht durchbrechen, er will die Zusammenfassung des Präsidiums nur nach sachlichen, nicht nach machtpolitischen Gesichtspunkten vornehmen. Spricht sich unter Pforten der Rechten also für die Wiederwahl Löbes aus. Forster von den Kommunisten bezeichnet seine Partei als die einzig wirklich antispartanische Gruppe, was heftigen Widerspruch im Hause auslöst. Er präsentiert seinen politischen Freund Pöck. Der Nationalsozialist Fried muß sich viele kräftige Worte gefallen lassen, als er Löbe einen Kriegsdienstverweigerer nennt und für die Wahl des Frontsoldaten und Volksparteilers Scholz eintritt.



Abg. Eißler

wurde als Erster zum Vizepräsidenten des Reichstages gewählt.



Abg. Esser



Abg. Graf-Thüringen.

wurden als Zweiter und Dritter zu Vizepräsidenten gewählt.

Nun beginnt der erste Wahlgang durch Namensaufruf, dessen Ergebnis der Alterspräsident erst nach Stunden bekanntgeben kann. Gewählt haben 556 Abgeordnete, 2 Stimmen sind ungültig. Erhalten haben Löbe 266 Stimmen, Scholz 179, Pöck 68, Graf-Thüringen 41, zusammen 554. Es muß Stichwahl zwischen Löbe und Scholz stattfinden, da die absolute Mehrheit 278 Stimmen beträgt. Das Haus scheidet sich mit gutem Humor in die Wiederholung der namentlichen Abstimmung.

Bei der Stichwahl wurden abgegeben 555 Stimmzetteln, davon sind 77 Zettel ungültig. 269 fallen auf den Abg. Löbe, 289 auf den Abg. Scholz. Löbe ist also zum Präsidenten gewählt. Die Sozialdemokratie bricht in stürmischen Beifall und minutenlanges Händeklatschen aus. Von rechts wird gepfiffen und Pfui gerufen.

Abg. Dr. Scholz beklagt die Wahl des neu gewählten Präsidenten Löbe, der sofort das Präsidium übernimmt. Er dankt zunächst dem Alterspräsidenten für die geschickte Geschäftsführung und bekundet dann, er wolle sich bei seinem Amte der größten Unparteilichkeit befleißigen, und sein Streben sei es, möglichst mit allen Gruppen des Reichstages, auch jenen, die ihm jetzt nicht die Stimme gegeben haben, zu arbeiten. Aus den nationalsozialistischen Reihen erhebt sich unter heftiger Widerwehr, der aber durch erneute Beifallsstürme der Sozialdemokraten niedergehalten wird. Dann begann die Wahl der Vizepräsidenten.

Sitzungsbericht.

(2. Sitzung.) Berlin, 15. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Reichstagspräsidenten. Alterspräsident Herold verliest die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Wahl ist geheim, sie erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln, auf denen der Name des Gewählten steht.

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt den Abg. Löbe als Präsidenten vor.

Abg. Rippel (Chr.-Soz. Volksdienst) gibt folgende Erklärung ab: „Wir Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes sind mit einem großen Teil des Reichstages der Auffassung, daß das Ergebnis der Wahl vom 14. September eine Verleumdung der Nachverhältnisse nach rechts bedeutet und daß diese Tatsache bei der Zusammenfassung und dem Kurse der Regierung beachtet werden muß. Wir sind aber der Meinung, daß die Zusammenfassung des Reichstages durch die gegenwärtig noch geltende Geschäftsordnung zu regeln ist. Wir bedauern, daß die Zusammenfassung des Präsidiums, die nach bisheriger Übung nach der Stärke der Fraktionen getätigt worden ist, zu einer parteipolitischen Nachfrage gestempelt werden soll. Unsere rein sachliche Einstellung gebietet uns daher, in dieser mehr geschäftsordnungsmäßigen denn politischen Frage uns an den Wortlaut und Sinn der Geschäftsordnung zu halten. Auch wenn die weltanschauliche und politische Einstellung des zur Wahl vorgeschlagenen von uns abgelehnt wird, folgen wir doch dem Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit.“

Abg. Dauch (Dt. Vp.) schlägt für den Präsidentenposten den Abgeordneten Scholz (Dt. Vp.) vor.

Abg. Forster (Komm.) sagt, es werde hier ausgehandelt, wer am besten geeignet sei, im Young-Reichstag die arbeiterfeindlichen Gesetze durchzubringen. Er schlägt den Abgeordneten Pöck (Komm.) als Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.), von großem Lärm empfangen, so daß er sich kaum verständlich machen kann, führt aus: Das deutsche Volk habe seinen Willen zur Bildung einer antimarkistischen Front ausgesprochen. Es wäre eine Verleumdung des Volkswillens, trotzdem einen Kandidaten zum ersten Präsidenten des Reichstages zu wählen. Die Nationalsozialisten lehnen diese Wahl ab. Der Redner betont zum Schluß, daß seine Fraktion der Wahl des Frontsoldaten Doktor Scholz zustimmt. Darauf beginnt

Die namentliche Abstimmung zur Wahl des Reichstagspräsidenten.

Abgegeben wurden 556 Stimmen, davon zwei un-

gültige. Es erhielten:

Löbe (Soz.)	266 Stimmen
Scholz (Dt. Vp.)	179 Stimmen
Pöck (Komm.)	68 Stimmen
Graf-Thüringen (Dt.)	41 Stimmen

Es findet somit eine Stichwahl zwischen Löbe und Scholz statt.

Abg. Löbe erhielt bei dieser Stichwahl 269 Stimmen, Abg. Scholz 289 Stimmen. 77 Stimmen waren ungültig. Damit ist Abg. Löbe zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Das Ergebnis wurde auf der Rechten mit anhaltenden Pfürzen, bei den Sozialdemokraten mit Händeklatschen aufgenommen.

Präsident Löbe, der sofort das Präsidium übernimmt, dankt in einer Ansprache den Abgeordneten, die ihn gewählt haben, ebenso dem Alterspräsidenten Herold für seine Mithilfe und fährt dann fort: Dieser Reichstag steht vor Schwierigkeiten und Problemen, die die schwersten Entscheidungen der Nachkriegszeit übertreffen. Um sie zu lösen, wird die erste Aufgabe die unbedingte Arbeitsfähigkeit des Reichstages sein. Dafür appelliere ich an die Mithilfe aller Gruppen des Reichstages, denn dadurch werden die Erwartungen der Wähler am besten erfüllt. Der Präsident erklärt zum Schluß, daß er die Geschäfte unparteiisch führen werde. Präsident Löbe wurde des öfteren durch Zurufe und Gelächter der Nationalsozialisten unterbrochen.